



Christiane Heil

Bürgerbeteiligung und integrierte Stadtentwicklung in Essen



Politikverdrossenheit, sinkende Wahlbeteiligung – laut einer GfK-Umfrage aus dem Jahr 2011 befindet sich das Ansehen von Politikern auf einem historischen Tiefpunkt. Am ehesten wird Politik noch auf lokaler Ebene anerkannt, dort wo Politik erfahrbar gemacht wird, wo Ortpolitiker und Bürger noch miteinander in Dialog treten können und Entscheidungen direkte Betroffenheit auslösen. Um diese Dialogverfahren erfolgreich zu gestalten, benötigt die Kommune eine fachlich versierte und in Fragen von Bürgerbeteiligung gut aus- und fortgebildete Verwaltung, die den ehrenamtlich agierenden Kommunalpolitikern qualifizierte Vorschläge zur Entwicklung der Stadt unter Einbeziehung aller Akteure und Interessengruppen macht.

Die Stadt Essen verfolgt eine integrierte Stadt(teil)entwicklungspolitik schon seit Beginn der 1980er Jahre. Erste Ansätze ressortübergreifender und partizipativer Arbeit wurden entwickelt, als im Essener Stadtteil Katernberg – von jeher ein Arbeiterstadtteil – Konflikte zwischen türkischen Migranten und Deutschen zunahmen. Die Schließung von Zeche und Kokerei Zollverein (1986/1992), die für den Stadtteil ökonomisch von hoher Bedeutung waren, verschärfte die Situation, und 1993 wurde der Stadtteil in das NRW-Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (heute Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“) aufgenommen. Seit 1999 wird mit Essen-Altendorf ein zweiter Stadtteil aus dem Programm gefördert.

Wir arbeiten in diesen Stadtteilen nach dem Essener Modell des Quartiersmanagements. Hierbei handelt es sich um ein kooperatives Managementmodell, das die Zusammenarbeit der Akteure einerseits vertraglich regelt und andererseits über formelle und informelle Kooperations- und Kommunikationsstrukturen organisiert. Das Quartiersmanagement hat drei Funktionsebenen:

- **Gebietsbeauftragte** (Stadtverwaltung, Büro Stadtentwicklung: Regiekompetenz, Gesamtsteuerung der integrierten Stadtteilentwicklung)
- **Intermediäre Funktion** (Universität Essen, Institut für Stadtteilentwicklung, sozialraumorientierte Arbeit und Beratung [ISSAB]: Moderation, Dialogmanagement, Vermittlung zwischen örtlichen und gesamtstädtischen Ebenen)
- **Stadtteilarbeit** (Stadtverwaltung und/oder freie Träger: anregen, bündeln und mobilisieren von Bürgeraktivitäten)

Aktivierung der Bewohner, Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten, Aufbau sich selbsttragender Strukturen – dies sind schon seit Jahren unsere Prinzipien der integrierten Stadtteil-

arbeit, die wir durchaus erfolgreich betreiben. Dass Stadt(teil)entwicklung nicht ohne die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner betrieben werden kann und sich an deren Lebenswelten orientieren muss, ist für uns selbstverständlich.

Dies findet auch Ausdruck in den Grundsätzen der Stadt Essen zur Bürgerbeteiligung (einstimmig beschlossen vom Verwaltungsvorstand und verbindlich für alle städtischen Fachbereiche und Ämter). Darin heißt es u.a.: „Wir streben ein partnerschaftliches und respektvolles Verhältnis zwischen Politik, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürgern an und führen einen dauerhaften Dialog zwischen Verwaltung, Politik sowie Bürgerinnen und Bürgern.“ Ferner: „Wir setzen vielfältige bürgerschaftliche Beteiligungsformen zielgruppenspezifisch ein und nutzen sie kreativ, um den verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine Beteiligung zu ermöglichen.“ Dies soll als Beleg reichen, dass es in Essen ein ausgeprägtes Bewusstsein in Politik und Verwaltung gibt, dass ohne Bürger keine Stadtentwicklung zu machen ist und wir auf Stadtteilebene über langjährige, positive Erfahrungen verfügen.

Welche Innovation erwarten wir von dem Modellprojekt im Städtenetzwerk?

Trotzdem oder gerade deswegen beteiligen wir uns mit hohem Interesse und Neugier am vhw-Städtenetzwerk „Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung“. Wir wissen, dass es schwerer zu aktivierende Bevölkerungsgruppen gibt, für die geeignete Beteiligungsmöglichkeiten und -formen gefunden werden müssen, wenn man Partizipation als breite Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen ernst nimmt. Im Rahmen des vhw-Modellprojektes haben wir die Chance, zu erproben, ob durch einen milieuspezifischen Ansatz die Kommunikation zwischen Bürgern, Politik



und Verwaltung verbessert werden kann und wir wirklich alle Bewohnergruppen eines Stadtteils oder sogar in der gesamten Stadt erreichen können.

Es wäre eine echte Innovation, wenn wir neue Handlungsansätze in der Kommunikation mit den Bürgern entwickeln und umsetzen, die auf der Identifikation der dominanten Milieus im Stadtteil beruhen und verknüpft werden mit den Erkenntnissen über milieuentsprechende Zugänge zu Beteiligung und Engagement. Insofern warten wir gespannt die Veröffentlichung des angekündigten vhw-Kommunikationshandbuchs ab.

Daneben erhoffen wir uns natürlich von dem Städteaustausch Anregungen, Impulse und Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten Republik. Nicht zuletzt in anderen vhw-Projekten haben wir neben der Analyse und Beratung durch den vhw auch immer voneinander gelernt und Netzwerke geknüpft, die auch nach Abschluss der Projekte noch weiterbestehen und werthaltig sind.



Abb. 1: Altendorfer Straße.

Konkret: Umbau der Altendorfer Straße

Essen-Altendorf ist mit einer Fläche von 256 ha ein hochverdichteter Stadtteil westlich der Innenstadt von Essen. In Altendorf leben 20.384 Menschen, davon haben 65,9% die deutsche Staatsangehörigkeit, 22,6% sind Nichtdeutsche, 11,5% haben eine Doppelstaatsangehörigkeit. Von den 11.022 Haushalten bilden 31,7% Bedarfsgemeinschaften zum Bezug existenzsichernder Hilfen, davon 85,8% Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Ein erster Blick auf die Milieuverteilung im Gebiet zeigt, dass bei der deutschen Bevölkerung fast die Hälfte der Haushalte dem konsummaterialistischen bzw. dem hedonistischen Milieu angehören. Bei den Migrantenmilieus dominieren die integrationsfernen Milieus, hier sind die religiös-verwurzelten und die hedonistisch-subkulturellen Milieus sehr stark vertreten. Wir agieren also in einem Stadtteil mit einem hohen Anteil an Bevölkerungsgruppen, denen aktive Beteiligung sowie Artikulation und Durchsetzung eigener Interessen in Bezug auf den öffentlichen Raum eher fremd ist. Als konkretes Projekt, in dem

wir mit Hilfe des vhw neue Ansätze erproben wollen, haben wir uns den Umbau der Altendorfer Straße vorgenommen.

Das integrierte Handlungskonzept für Essen-Altendorf, das Grundlage für die Förderung aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist, sieht als wesentlichen Bestandteil der Aufwertung des Stadtteils den Umbau der Altendorfer Straße vor. Die Altendorfer Straße bildet als Hauptzufahrtstraße zur Essener Innenstadt einen Problemschwerpunkt des Stadtteils. Die Verkehrsbelastung durch den motorisierten Individualverkehr und den öffentlichen Nahverkehr ist immens, der offensichtliche Mangel an Aufenthaltsqualität führt zu erheblichen Beeinträchtigungen der dort befindlichen Wohn- und Geschäftsnutzungen. Die Entscheidung der ThyssenKrupp AG, ihre Konzernzentrale von Düsseldorf nach Essen zu verlagern und in unmittelbarer Nachbarschaft zu Altendorf einen beeindruckenden Neubau zu errichten, ergibt eine weitere Notwendigkeit, im zentralen, stadtbildprägenden Bereich von Altendorf die Umgestaltung der Straße voranzutreiben.

Der Ausbau der Straße hat die Verbesserung des Verkehrsflusses durch die Neuordnung von Fahrbahn und Parkraum sowie die Steigerung der Aufenthaltsqualität für die Fußgänger durch Verbreiterung der Gehwege zum Ziel. Neben dem Ausbau der Straße und einer Änderung der Flächen für den ruhenden Verkehr werden städtebauliche Begleitmaßnahmen zur Attraktivierung und Verbesserung des Wohnumfeldes angestrebt.



Abb. 2: Workshop in Essen-Altendorf

Die Planung des Beteiligungsprozesses

Zur Planung und Abstimmung der Beteiligung haben wir einen Arbeitskreis „Umbau Altendorfer Straße“ eingerichtet. Diesem Arbeitskreis gehören als ständige Mitglieder Vertreter verschiedener Ämter der Stadtverwaltung, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, des evangelischen Kindergartens im Stadtteil, des ISSAB (als intermediäre Instanz unseres Quartiersmanagements), der Ortspolitik – darunter der Seniorenbbeauftragte der Bezirksvertretung und des Dachverbandes der Migrantenvereine – an. Vertreter der Kaufmannschaft und der Bezirkspolizei sollen nach Bedarf eingebunden werden. Dieser Arbeitskreis hat in seiner ersten Sitzung beschlossen,



ein Kommunikations- und Aktivierungskonzept zu erarbeiten. Dieses Konzept soll an die positiven Erfahrungen anknüpfen, die beim Umbau des Ehrenzeller Platzes (ein zentraler Platz im Stadtteil) gemacht wurden.

Als erste Schritte zur Information und Aktivierung sind zunächst eine „Ämterrunde“, eine Bürgerversammlung sowie zielgruppenbezogene Veranstaltungen geplant. Die „Ämterrunde“ hat zum Ziel, alle beteiligten städtischen Fachbereiche (z.B. Verkehr, Tiefbau, Stadterneuerung, Stadtentwicklung) und die städtischen Gesellschaften (z.B. Verkehrsgesellschaft, Stadtwerke, Wirtschaftsförderung, Marketinggesellschaft, Wohnungsgesellschaft) an einen Tisch zu holen, über die geplanten Aktivitäten zu informieren, Transparenz über den weiteren Prozess herzustellen und alle Aspekte aus der jeweils fachlichen Sicht aufzunehmen.



Abb. 3: Information und Gespräche zum Stadtteilprojekt Altendorf

Zur Bürgerversammlung sollen alle Bewohner des Stadtteils eingeladen werden. Hier soll sowohl ein Überblick über alle Bauprojekte im Stadtteil gegeben als auch schwerpunktmäßig über den geplanten Umbau der Altendorfer Straße berichtet werden. Daneben sollen weitere interessante Veranstaltungsformate erdacht werden, um die Aufmerksamkeit der Bürger zu wecken und über den Umbau zu informieren. So wird beispielsweise eine Veranstaltung in den Abendstunden geplant, bei der auf einer Brachfläche die Grenzen eines zukünftigen Sees im Stadtteil illuminiert werden, um den Bürgern eine Vorstellung über Fläche und Ausmaß des geplanten Niederfeldsees zu geben. Auch diese Veranstaltung soll dazu genutzt werden, um über den Umbau der Altendorfer Straße zu informieren und darauf hinzuweisen, dass Anregungen, Wünsche und Beteiligung in den nächsten Monaten ausdrücklich gefragt sind. So sollen die verschiedensten Anlässe genutzt werden, um den bevorstehenden Straßenumbau mit der Möglichkeit der Beteiligung bekannt zu machen.

Als Teil der Öffentlichkeitsarbeit wird angestrebt, eine Medienpartnerschaft mit der Stadtteilzeitung einzugehen, die kostenlos an alle Haushalte verteilt wird. Die Grobplanung sieht weiterhin vor, nach der breiten Streuung der ersten Grundin-

formationen eine Veranstaltung mit den Bewohnern, Eigentümern, Einzelhändlern und Gewerbetreibenden zu machen. Diese Veranstaltung soll über die Informationsvermittlung hinausgehen und die Interessen und Wünsche der Betroffenen abfragen. Aus unserer Sicht bieten sich als Handlungsfelder, die bearbeitet werden müssen, die „Stärkung der lokalen Ökonomie“ mit den Unterpunkten „Existenzgründung, Neuan-siedlung und Zwischennutzung leerstehender Ladenlokale“, „Wohn- und Wohnumfeldverbesserung“ mit den Stichworten „Fassadengestaltung, Energie und Klima, Aufenthaltsqualität“ sowie „Netzwerk Einzelhandel und Gewerbe“ an.

Um die Informationen über die Planungen im Stadtteil möglichst breit zu streuen, werden schon bestehende Strukturen genutzt: die „Initiative Altendorf“, ein Bürgerverein, wird ebenso eingebunden wie der „Runde Tisch Altendorf“, ein Zusammenschluss aller Vereine – auch der Migrantenvereine – im Stadtteil. Aushänge im „Treffpunkt Altendorf“, der als Stadtteilbüro als Anlaufstelle für alle Bewohner dient und in den Geschäften sind vorgesehen. Daneben setzen wir auf die Aktivierung durch persönliche Ansprache bei Haus-zu-Haus-Besuchen. Das ISSAB, unsere intermediäre Instanz im Quartiersmanagement, hat hier umfangreiche Erfahrungen.

Dies sind erste Ideen, die wir gerne mit Bürgern, Vereinen, Verbänden, freien Trägern der Jugendhilfe und der Wohlfahrt, Geschäftsleuten, Eigentümern etc. besprechen würden. Wichtig ist uns, dass der Prozess offen gestaltet und flexibel gemaagt wird. Es muss ermöglicht werden, im Prozessverlauf neue Schwerpunkte zu definieren, alte Standpunkte zu verlassen und Entscheidungen vielleicht nicht immer konsensual, aber unbedingt unvoreingenommen und transparent zu treffen.

Wir sind gespannt, welche Impulse, aber auch kritische Anmerkungen und Rückfragen wir durch das Städtenetz des vhw erhalten, wie uns die konkrete Umsetzung gelingt und nicht zuletzt, ob es uns gelingt, beispielhaft nachhaltige Strukturen zur Stärkung der lokalen Demokratie zu schaffen.

Christiane Heil

Büro Stadtentwicklung, Stadt Essen